

Empfehlungen des Beirates zum Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit nach dem Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle

Der Anschlag in Halle hat erneut die tödliche Eskalation von Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus in entsetzlicher Weise zum Ausdruck gebracht. Er hat zu einer starken Verunsicherung bei den jüdischen und islamischen Gemeinden, aber auch bei den Akteuren der Migrationsarbeit geführt. Diese Verunsicherung kann nicht allein durch Sicherheitsmaßnahmen abgebaut werden. Vielmehr ist ein klares und nachhaltiges gesellschaftliches Signal erforderlich, dass Staat und Zivilgesellschaft alles dafür tun werden, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus den Boden zu entziehen. Dazu sind Demokratiebildung und Präventionsarbeit zu verstetigen, zu verbreitern und neu aufzustellen.

Die Reaktion der halleschen Stadtgesellschaft hat gezeigt, wie wichtig eine gut vernetzte und breit aufgestellte Zivilgesellschaft für den Zusammenhalt ist. Das Engagement der demokratischen **Zivilgesellschaft** braucht eine **langfristige Unterstützung und Anerkennung**.

Der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit setzt sich deshalb dafür ein, die **Präventionsarbeit** und Demokratiebildung gegen Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Sinne einer wehrhaften Demokratie **als Daueraufgabe** zu verstetigen. Er sieht auf folgenden Feldern besonderen Handlungsbedarf:

- Aufbau eines Aktionsprogramms gegen Antisemitismus
- Verankerung von Demokratiebildung in den Bildungsprogrammen und Lehrplänen in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwachsenen- und Weiterbildung
- Angebot von Medienkompetenztraining und Radikalisierungsprävention im Netz
- Verstärkte Arbeit mit radikalierungsgefährdeten Jugendlichen
- Ausbau von interkultureller und interreligiöser Begegnung und Jugendaustausch
- Stärkung der Antidiskriminierungsarbeit

1. Aufbau eines Aktionsprogramms gegen Antisemitismus

Das Landesprogramm bündelt und koordiniert Maßnahmen, die zur **Prävention und zum Abbau von Antisemitismus** in unserer Gesellschaft beitragen. Dies geschieht in enger Kooperation mit dem „Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“. Der Beirat des Landesprogramms unterstützt die Bemühungen des „Ansprechpartners“, auch in Sachsen-Anhalt ein **Recherche- und Informationssystem** zu etablieren, in dem antisemitische Vorfälle – unabhängig von ihrer Zuordnung nach Strafbarkeitskriterien – nach bundesweit gemeinsam vereinbarten Kriterien dokumentiert werden, Betroffenen Unterstützung angeboten wird und Handlungsmöglichkeiten für Gesellschaft und Politik aufgezeigt werden. Er befürwortet die Erarbeitung eines **Aktionsprogramms gegen Antisemitismus in Sachsen-Anhalt**, das alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens in unserem Land betrifft.

Der Anschlag von Halle zeigt, dass unser Land heute noch in der Verantwortung für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus' und der Shoah steht. Der Beirat empfiehlt darum eine Stärkung von Bildungsangeboten über die Shoah und über jüdisches Leben heute in Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung.

2. Verankerung von Demokratiebildung in den Bildungsprogrammen und Lehrplänen in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwachsenen- und Weiterbildung

Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die **Demokratiebildung** müssen noch stärker integrale Bestandteile von Regelstrukturen – insbesondere der Jugendhilfe, der Sozialarbeit, des Schulwesens und des beruflichen Ausbildungswesens – werden. Demokratische Teilhabe und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit müssen noch mehr als bisher Teil des konkreten Alltags von Kindern und Jugendlichen werden. Eine frühzeitige Teilhabe an Entscheidungsprozessen ermöglicht eine stärkere Identifikation mit demokratischen Werten. Dabei kann auf in den letzten Jahren entwickelten Ansätzen aufgebaut werden.

Bildungseinrichtungen müssen deshalb weiterhin darin unterstützt werden, eine demokratische Lern- und Organisationskultur zu entwickeln. Der Beirat fordert fest verankerte **Module zur politischen Bildung, Demokratiebildung sowie interkulturellen Bildung in allen relevanten Ausbildungs- und Studiengängen sowie der Weiterbildung.**

Wir benötigen eine intensivere Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, um Auffälligkeiten von Jugendlichen frühzeitig zu erkennen und Jugendhilfe frühzeitig wirksam werden zu lassen.

Schulsozialarbeit kann dabei eine wichtige Rolle wahrnehmen.

Die Stärkung von Demokratiekompetenz und Gemeinwesenarbeit ist jedoch nicht auf Kinder und Jugendliche beschränkt, sondern betrifft **alle Altersgruppen**. Die Erwachsenenbildung muss daher ebenso im Hinblick auf Demokratiebildung gestärkt werden. Für den Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung gilt es, Anreize für Träger und Einrichtungen zu schaffen, entsprechende Angebote zu entwickeln und vorzuhalten. Der Beirat unterstützt die im Koalitionsvertrag vorgesehene Verankerung der politischen Bildung und der Demokratiebildung im Bildungsfreistellungsgesetz.

Insbesondere für bislang zu wenig berücksichtigte Zielgruppen von demokratischer Bildung und Präventionsarbeit braucht es mehr und zielgenauere Angebote.

3. Angebot von Medienkompetenztraining und Radikalisierungsprävention im Netz

Der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit plädiert dafür, den Schwerpunkt **Radikalisierungsprävention** auszubauen und dabei insbesondere die **Präventionsarbeit mit Fokus auf Internet und Soziale Medien** zu stärken. Wie der am 10.12.2019 mit ExpertInnen der Zivilgesellschaft und der Landesverwaltung veranstaltete Workshop zu Radikalisierungsprävention im Netz gezeigt hat, braucht es neben den sicherheitspolitischen Maßnahmen (Internetstreife; Online-Portal der Polizei zur Anzeigenerstattung) **Initiativen zur Stärkung der Medienkompetenz und der Zivilcourage im Internet**. Der Beirat setzt sich für die deutliche Ausweitung der präventiven Beratungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen ein, mit denen pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, aber auch SchülerInnen in die Lage versetzen, gegen menschenfeindliche Positionen im Internet

einzutreten. Medienkompetenz muss fester Bestandteil des Ausbildungskanons und der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte sowie für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe und der offenen Jugendarbeit werden. Eine Erweiterung entsprechender Bildungsangebote ist über das LISA, das Landesjugendamt und die Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit freien Trägern sicherzustellen.

Der Beirat spricht sich aufgrund der besonderen Bedeutung der Erlangung von Medienkompetenz im Grundschulalter dafür aus, eine **Aufklärungsoffensive in Horten und Grundschulen** zu starten, die zu Gefahren im Netz (Radikalisierung, Gewalt, Mobbing, Sexting) sensibilisieren soll.

Menschen, die sich auch online demokratisch engagieren, brauchen Schutz vor Shitstorms und Hassrede. Dazu ist **professionelle Beratung im Umgang mit Hassattacken** erforderlich. Zu prüfen ist, inwiefern niedrigschwellige Unterstützung dazu beitragen kann, die Meldung und Strafverfolgung von Hass im Netz zu erleichtern und Gegenkräfte zu stärken. Sachsen-Anhalt verfügt über eine aktive Gamerszene und erfolgreiche Spieleentwickler. Der Beirat empfiehlt, diese als Akteure bei der Stärkung von Medienkompetenz und in der Radikalisierungsprävention zu gewinnen.

4. Verstärkte Arbeit mit radikalierungsgefährdeten Personen

Präventionsarbeit muss niedrigschwellig und gezielt ansetzen. Ergänzend zu bereits bestehenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Distanzierungsangeboten sollen **radikalierungsgefährdete bzw. sich radikalisierende Personen mit neuen Präventionsangeboten gezielt angesprochen und bei Distanzierungsprozessen unterstützt werden**. Zielgruppen können neben bereits straffällig gewordenen Personen z.B. Jugendliche in sozialen Brennpunkten oder Angehörige von rechtsaffinen Jugendlichen sein.

Neben Modellprojekten braucht es insbesondere nachhaltige Beratungs- und Qualifizierungsarbeit zur Förderung der Distanzierung vom Rechtsextremismus bzw. zur Verhinderung des Einstiegs von Kindern und Jugendlichen in die rechte Szene.

5. Ausbau von interkultureller und interreligiöser Begegnung und Jugendaustausch

Interkulturelle und interreligiöse Begegnungsarbeit bildet einen wesentlichen Beitrag dazu, Vorurteile und Ausgrenzung abzubauen und wechselseitiges Verständnis zu stärken. Der Beirat empfiehlt daher, Angebote der **interreligiösen Begegnungsarbeit** der christlichen, jüdischen und islamischen Gemeinden sowie der Migrantenorganisationen stärker als bisher unterstützen.

Wer als Jugendliche/r selbst Erfahrungen im Ausland gemacht hat, ist auf dem weiteren Lebensweg weniger anfällig für rassistische und antisemitische Positionen. Deshalb empfiehlt der Beirat, die Ressourcen des internationalen **Jugendaustauschs**, insbesondere des deutsch-israelischen Jugendaustausches, zu verstärken. Es bedarf einer intensiveren ressortübergreifenden Abstimmung und bestmöglicher Unterstützung von Trägern, Fachkräften und Lehrkräften, damit der internationale Jugendaustausch einen neuen Impuls erhält. Gleichzeitig sollen **Prozesse der interkulturellen Öffnung von Organisationen** durch kompetente Beratungsangebote initiiert und nachhaltig umgesetzt werden.

Jüdinnen und Juden, Muslime und Zugewanderte fühlen sich besonders seit dem Anschlag in Halle stark verunsichert und fühlen sich immer häufiger bedroht und abgelehnt. Der Beirat setzt sich daher dafür ein, gesellschaftliche Minderheiten und potentiell von Diskriminierung Betroffene in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken und nachhaltige Unterstützungsangebote bereitzustellen. Hierfür muss **Antidiskriminierungsarbeit** stärker als bisher verankert werden. Dies beinhaltet den Auf- und Ausbau von **Beratungsangeboten** sowie die Etablierung von AnsprechpartnerInnen in öffentlichen Institutionen, die in Fällen von Diskriminierung kontaktiert werden können. Jüdische Gemeinden, muslimische Gemeinden und Migrantenorganisationen sind in ihrer Arbeit zu stärken.

Die Landesregierung wird gebeten, als Schlussfolgerung aus dem Anschlag in Halle die Demokratiebildung und Präventionsarbeit deutlich zu stärken, in den oben genannten Handlungsfeldern breiter aufzustellen und neue Ansätze zu implementieren.

Der Beirat bietet an, diesen Prozess konzeptionell zu begleiten. Die Einrichtung einer **Unterarbeitsgruppe „Radikalisierungsprävention im Netz“** soll zu einer intensiveren Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und den beteiligten Ressorts der Landesregierung beitragen. Im ersten Halbjahr 2020 soll zu diesem Thema eine **Fachtagung „Was tun gegen Hass im Netz?“** für MultiplikatorInnen und Fachkräfte stattfinden.

Zudem soll ein **Fachgespräch neue Präventionsansätze** beleuchten, mit denen wir radikalierungsgefährdete bzw. sich radikalisierende Personen ansprechen und bei Distanzierungsprozessen begleiten können.

Die für das vierte Quartal 2020 geplante **Landeskonzferenz** des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit soll in Halle stattfinden und die Präventionsarbeit gegen **Antisemitismus** zum Thema haben.